

Der Volksentscheid zur Schulreform in Hamburg: „Gucci-Protest oder Aufstand der Bürger?“

Zwei Vorbemerkungen:

Erstens: Der Untertitel stammt nicht von mir, sondern von Herrn Huber – nur der Information halber. In der Sache zähle ich ihn zu den nützlichen Provokationen, die zum Nachdenken anregen können. Sind Gucci-Käufer etwas keine Bürger? Allgemeiner gefragt: Wollen wir soweit gehen, daß wir die Oberschicht nicht mehr zum Volk rechnen? Richtigerweise müßte man also fragen, *welche Bürger* bzw. welche bürgerliche Schicht die Bewegung gegen die Schulreform in Hamburg – Protest gewiß, Aufstand sicher nicht, korrekt einfach: das Volksgesetzgebungsverfahren – vor allem getragen hat. Und gut wissenschaftlich ließe sich formulieren: Der Volksentscheid zur Schulreform in Hamburg und das Problem der sozialen Schichtung der Gesellschaft.

Zweitens: In einem Beitrag im neu benannten „md magazin“¹ habe ich jenen Volksentscheid auch unter diesem Aspekt behandelt. Das Heft ist vor einer Woche erschienen. Ich gehe jetzt einfach davon aus, daß Sie den Beitrag gelesen haben. Insofern wäre es müßig, einen bekannten Text hier vorzutragen. Vielmehr will ich jetzt die beiden dort eingangs behandelten Reaktionsmuster der Verlierer noch einmal aufgreifen und vertiefen: Es geht bekanntlich um

1. den Einfluß des großen Geldes und
2. die Benachteiligung der Unterprivilegierten.

Ad 1: Der Einfluß des großen Geldes

Hier habe ich nur eine neue Quelle – und ich habe, das sei methodisch bemerkt, wie auch in jenem Beitrag vornehmlich auf der Verliererseite gesucht. Warum? Aus Gründen der Quellenkritik: Wenn eine Seite für sich Günstiges behauptet, ist im-

¹ Vgl. Jung, Otmar: Der Hamburger Volksentscheid über die Primarschule am 18. Juli 2010, in: md magazin. zfd 22 (2010), H. 3 [Nr. 87], S. 10-15.

mer Vorsicht geboten, daß pro domo argumentiert wird. Anders, wenn eine Seite dem Gegner etwas konzidiert. Hier kann man, weil das Interesse eigentlich umgekehrt gerichtet ist, davon ausgehen, daß das Zugestandene (zumindest) stimmt.

Konkret führe ich eine Zuschrift an, in der sich

Klaus-Dieter Schwetscher, Beauftragter des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di – und in deren Bundesverwaltung im Ressort 1: Direkte Demokratie / Organisationspolitik, Bereichsleiter Projekte, wie folgt äußerte:

„Das von WWL mobilisierte Finanzvolumen liegt durchaus (wenn auch am oberen Ende) in dem Rahmen anderer Initiativen. Was aber wirklich neu war, ist die Tatsache, dass der Senat, nur in dem kleinen Zeitfenster des Volksentscheids, mit mehr als 300.000 EURO, davon 100.000 EURO aus Fraktionsmitteln, zurückschlägt.“²

Alsdann will ich nur noch einmal meinen Hinweis auf die Deutung der Weimarer Republik vertiefen. Bekanntlich schnellte der Wähleranteil der NSDAP von den Reichstagswahlen 1928 mit 2,6 % bis den Reichstagswahlen 1930 auf 18,3 % hoch und sollte bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 37,3 % erreichen; sieben Monate später war die NSDAP (freilich unter bereits irregulären Bedingungen) mit 43,9 % die stärkste Partei in Deutschland geworden. Ein „Klassiker“ der Deutungsgeschichte jenes Aufstiegs war nun die Behauptung, der Urnengang dazwischen, nämlich der Volksentscheid gegen den Youngplan Ende 1929, bei dem rechten Befürworter (einschließlich der Nationalsozialisten) zusammen freilich nur 13,8 % der Stimmberechtigten für ein „Ja“ gewinnen konnten, habe der NSDAP den „plebiszitären Durchbruch“ gebracht, und zwar dank des großen Geldes. Für diesen schmalen Bereich habe ich über die Literaturlauswertung hinaus selbst in den Quellen geforscht, und die Ergebnisse in einem Aufsatz 1989 vorgelegt³. Bei der maßgeblichen Finanzierung durch die Industrie handelte es sich um eine Legende, bei der vieles, was in linken Emigrantenmilieus weitererzählt worden war, von der Geschichtsschreibung ziemlich unkritisch als historische Tatsache behandelt wurde⁴. Die Quellen weisen in eine ganz andere Richtung, und dies zu sehen tat offenbar der Linken so weh, daß sie den Popanz der Finanzierung durch das Großkapital vorzog: Die NSDAP als Volkspartei hatte das gleiche Rezept angewandt, mit dem die alte Sozialdemokratie sowie die linken Gewerkschaften groß geworden waren:

² E-Mail v. 24. 9. 2010 an den Verfasser.

³ Vgl. Jung, Otmar: Plebiszitärer Durchbruch 1929? Zur Bedeutung von Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan für die NSDAP, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 489-510.

⁴ Freilich war dies nicht unbestritten. So lästerte bereits Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982 (Die Deutschen und ihre Nation Bd. 4), S. 345 f. (346) über „die politische Impotenz des großen Geldes“

durch das unermüdliche Einsammeln der „Arbeitergroschen“ (oder meinetwegen der desorientierten Proleten), aber jedenfalls durch die Masse kleiner Beiträge. Großspenden kamen vor, gewiß, aber das Fundament der Finanzierung war kein anderes als bei der Linken auch.

Ad 2: Die Benachteiligung der Unterprivilegierten

a) Ich rufe in Erinnerung: In allen sieben Hamburger Bezirken lagen die Gegner der Primarschule vorn. Aber – hieß es alsbald – diese Bezirke seien zu groß, man müsse auf die kleineren Einheiten der 103 Stadtteile oder gar der 204 Abstimmungsbezirke schauen. Doch was dafür als Korrelation in den ersten Tagen vorgebracht wurde, hatte nur – um es schweizerisch zu sagen – „anekdotische Evidenz“. Diese könnte man in der gleichen „impressionistischen“ Art bezweifeln. So hat der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Olaf Scholz bei der Sitzung des Präsidiums des SPD-Bundesvorstandes am 11. Oktober berichtet, daß auch auf Stadtteilebene die Gegner der Schulreform in der Mehrheit gewesen seien. Warum? Weil eben auch die Mittelschicht und die untere Mittelschicht mehrheitlich dagegen waren, sich mit denen „ganz unten“, dem Prekariat und den Ausländern, in dieser Form zu solidarisieren. Scholz sah darin einen Ausdruck der „Segregation“ in der Gesellschaft, die er natürlich nicht gut fand, aber das Faktum stelle er nicht in Abrede.

Bedauerlicherweise läßt sich der Punkt nicht wissenschaftlich klären. Es liegen zwar für die Stadtteile Daten über die *Beteiligung* am Volksentscheid und dazu etliche Sozialdaten vor⁵, aber mehr „geht“ nicht wegen einer Besonderheit der Auszählung in Hamburg (diese Information verdanke ich Hermann Heußner, der sie beim zuständigen Statistikamt Nord erfragt hat). Bekanntlich gab es in Hamburg eine Briefabstimmungsquote – deutscher Rekord – von 86,9 %. Die eingehenden Abstimmungsbriefe wurden aber in den sieben Bezirksämtern ausgezählt, nicht in den Abstimmungsbezirken der Stadtteile. Damit wäre eine eventuelle Korrelation der sozusagen restlichen Daten aus diesen Abstimmungsbezirken mit den einschlägigen Sozialdaten der entsprechenden Stadtteile von vornherein nicht repräsentativ. Man mag es bedauern, daß sich hier die Technokraten durchgesetzt haben. Aber die von den Verlierern gleich vermutete Korrelation ist damit nicht mehr zu verifizieren oder zu falsifizieren.

b) Nun ist die behauptete „Benachteiligung“ grundsätzlich – darauf habe ich in meinem Beitrag schon hingewiesen – an sich nichts Unerhörtes, unabhängig davon,

⁵ Vgl. http://statistik-nord.de/fileadmin/maps/referendum_hh_2010/atlas.html (Zugriff 16. 8. 2010).

ob sich das in Hamburg für den Volksentscheid des 18. Juli nachweisen läßt. Und dazu genügt ein Blick in die Schweiz. Es ist allerdings ein Unterschied, ob man schweizerische Forschungsergebnisse referiert und annimmt, daß die Verhältnisse in Deutschland ähnlich seien, oder ob man schlankweg behauptet, das lasse sich den Hamburger Abstimmungsdaten entnehmen.

Silvano Möckli gab 1994 in seiner Habilitationsschrift auf die Frage „Wem nützt direkte Demokratie?“ eine klare Antwort: „Direkte Demokratie dient vor allem den gebildeten Mittelschichten. Sie ist ein Kontrollinstrument gegenüber den Oberschichten, die direkte Demokratie nicht nötig haben, da ihnen genügend andere Einflußkanäle zur Verfügung stehen. Direkte Demokratie ermöglicht die Herausbildung einer Gegenelite aus den Mittelschichten außerhalb von Regierungs-, Parlaments- und Parteienkreisen. ... Untere Sozialschichten verstehen den Prozeß und die Abstimmungsgegenstände am wenigsten. Ihre Abstinenz ist am größten, ihr Informationsniveau am tiefsten. Um den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, eignet sich direkte Demokratie nicht unbedingt. Politische Unzufriedenheit und Ohnmacht führ[en] gewöhnlich nicht zu höherer Stimmbeteiligung.“⁶ Wolf Linder formulierte in seiner „Schweizerischen Demokratie“ 1999 ohne Umschweife: Direkte Demokratie „benachteiligt die Partizipation der unteren sozialen Schichten“. „Als anspruchsvolle Partizipationsform führt direkte Demokratie (sc. wie in der Schweiz, so) auch in den US-Staaten zur geringeren Teilnahme der unteren Einkommens-, Bildungs- und Berufsschichten“⁷. Und: „Auch die Partizipation an der direkten Demokratie ist sozial ungleich. Untere soziale Schichten nehmen um so weniger an der direktdemokratischen Entscheidung teil, je komplizierter und anspruchsvoller die Teilnahmeverfahren und die Abstimmungsgegenstände sind.“⁸

Bemerkenswerterweise sind die beiden Autoren – ich beschränke mich hier auf sie – weniger einig beim vergleichenden Blick auf Wahlen. Möckli konstatierte – mit Blick auf die USA – ganz generell: „Je schlechter die Schulbildung, je tiefer das Einkommen, je niedriger die soziale Schicht, desto geringer die politische Beteiligung ... Dieser Zusammenhang gilt nicht nur für die direkte Demokratie. Es scheint, daß in jeder Form von Demokratie die Unterschichten unterrepräsentiert

⁶ Vgl. Möckli, Silvano: Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien, Bern Stuttgart Wien 1994 (St. Galler Studien zur Politikwissenschaft Bd. 16), S. 374.

⁷ Vgl. Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, Bern Stuttgart Wien 1999, S. 329 f.

⁸ Vgl. a. a. O., S. 339.

sind.“⁹ Linder hingegen meinte, in den schweizerischen Wahlen sei „im Gegensatz zur Abstimmungsdemokratie kein Effekt der Diskriminierung unterer sozialer Schichten feststellbar – sie sind offensichtlich ein einfacheres Verfahren“¹⁰.

c) Nehmen wir also hypothetisch an, daß sich – mit Möckli – die geringere Partizipation der Unterschichten auch bei den Wahlen der repräsentativen Demokratie zeige, daß dieser Partizipationsrückstand aber bei den Volksabstimmungen der direkten Demokratie noch größer sei. Wie sollen wir als Freunde direkter Demokratie uns dazu verhalten?

In meinem Beitrag hatte ich unter der Rubrik „gemäßigtere Lösungen“ drei Vorschläge aufgezählt, die alle am urdemokratischen Prinzip des „one man, one vote“ rüttelten. Aber auch für das, was ich eine radikale Lösung nannte – Abschaffung –, fand sich inzwischen jemand, nämlich ausgerechnet die sonst Radikalismen abholde Gesine Schwan, die in einem Interview erklärte: In Hamburg werde „sichtbar, dass Volksentscheide der falsche Weg sind. ... Ich bin für Volksbegehren, aber gegen Volksentscheide. Eine repräsentative Demokratie kann sich besser gegen Privilegien durchsetzen als eine direkte. Denn Bürgerinitiativen werden vor allem von Personen getragen, die gebildeten und betuchten Schichten angehören. Das ist für mich so lange in Ordnung, wie diese Initiativen nicht an die Stelle der demokratischen Entscheidungsträger treten. Das wird auch in Zukunft so sein. Eine Bilanz der Volksentscheide zeigt, dass solche meist zugunsten von konservativen und privilegierten Positionen ausgehen.“¹¹ Erste Kritik: Frau Schwan verwechselt offensichtlich den Konservatismus im Sinne der Pro-status-quo-Tendenz, die der direkten Demokratie tatsächlich innewohnt, mit der politisch-konservativen Richtung im allgemeinen. Denkt man nur an den Fall, daß jene Beharrungstendenz gegebenenfalls den sogenannten Sozialabbau verzögern könnte, wird deutlich, daß direkte Demokratie dann der sogenannten politisch-linken Position entgegenkommt. Zweitens ist Frau Schwans Ansicht, die repräsentative Demokratie könne sich besser gegen Privilegien durchsetzen als eine direkte, zumindest unorthodox; weithin wird das Gegenteil vertreten, wofür nur die Stichworte Lobbyismus, politische Korruption und Filz genannt seien.

Wenn ausgerechnet die Grünen als Hauptverlierer in Hamburg mit solchen Gedanken liebäugeln sollten, genügt es nicht, ihnen einfach entgegenzuhalten, daß doch gerade die „gebildeten Mittelschichten“ ihre Wählerbasis darstellten, und nicht et-

⁹ Vgl. Möckli, a. a. O., S. 216.

¹⁰ Vgl. Linder, a. a. O., S. 285.

¹¹ <http://www.suedkurier.de/news/brennpunkte/politik/Gesine-Schwan-Interview;art410924,4424465> (Zugriff 10. 8. 2010).

wa das Prekariat. Vielmehr ist durchaus wider jeden Radikalismus selbst zu argumentieren. Wir haben in Deutschland inzwischen den Stand erreicht, daß die Abiturientenquote für 2005/2006 bei 43,1 Prozent lag. Jedenfalls das formale Bildungsniveau ist in langjähriger Perspektive ungemein gestiegen. Die ganze Bewegung für mehr Partizipation beruht zu einem guten Teil auf dieser Bildungsexpansion. Gewiß wurden in diesem Prozeß auch Schichten abgehängt, und deren Lebenssituation ist so bedauerlich wie ihre Nichtpartizipation beklagenswert. Aber stellen Sie sich nur einmal vor, diese Diskussion wäre vor 100 Jahren geführt worden. Damals pflegte die noch nicht zerrissene Linke in diesen Dingen den Optimismus, daß die unteren Schichten aufholen würden. „Die lernen das“, war sozusagen die Parole der Zeit. Und Aufholen, Aufstieg, Vorwärtskommen war ja in der Tat das beherrschende Muster jener Facharbeiter-Partei der alten Sozialdemokratie. Nun kann man nicht unreflektiert die 100 Jahre seitdem ausblenden. Doch die grüne Prekariats-Sorge strömt einen geradezu Sarrazin-haften Pessimismus aus – „die lernen das nie“ –, und dazu kommt die radikale Konsequenz: Wegen jener „abgehängten“ Unterschichten soll die große Mehrheit der Bevölkerung, die an der Bildungsexpansion teilgenommen hat, ihren Anspruch auf mehr Partizipation aufgeben und sozusagen auf den Stand des politischen Analphabetismus zurückkehren, bei dem es damit getan ist, alle vier Jahre in Wahlkreuzchen zu machen? Ist Nivellierung nach unten der letzte Schluß aus dem alles beherrschenden Benachteiligungsverbot? Dies kann keine sinnvolle Position in einer lebendigen Demokratie sein.